

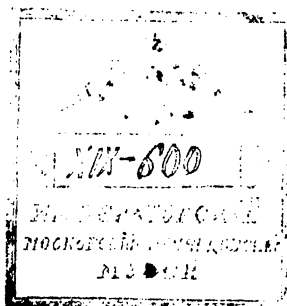
U e b e r

Zinstaren und Buchergesetze.

V o n

Dr. Th. Ritz,

Vizepräsidenten des österreichischen Oberlandesgerichtes.



„Je n'impose rien, je ne propose
même rien, — j'expose.“

Wien, 1859.

Wilhelm Braumüller,
k. k. Hofbuchhändler.

Druck von H. Dorfmeister in Wien

Die Studien „Ueber Zinstagen und Buchergesetze“, die ich im Laufe des vorigen Jahres durch die allgemeine österreichische Gerichtszeitung den Juristen meines Vaterlandes vorzulegen wagte, haben bei diesen eine nicht ganz gewöhnliche Beachtung gefunden, und da von Männern, auf deren Urtheil ich großes Gewicht lege, die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, daß meine Darstellung zur Verständigung über eine so bedeutsame und vielfach mißverstandene Frage auch in weiteren Kreisen beizutragen geeignet wäre, so entschloß ich mich, jene Aufsätze in ein bequemes Heft gesammelt, dem allgemeinen Buchermarkte zu übergeben. Eben damals war unter den Bedrängnissen einer unerhörten Geld- und Handelskrisis der Ruf nach Abschaffung aller den Zinsenvertrag beschränkenden Gesetze heftiger als jemals erhoben worden, und das Drängen zur praktischen Entscheidung trat beim Beginne des gegenwärtigen Jahres mit solchem Ungestüm auf, daß es den Anschein erhielt, als ob dasjenige, was man in dieser Angelegenheit auf dem Herzen hatte, nicht schnell genug vorgebracht werden könnte. Der Wiederabdruck der erwähnten Aufsätze wurde daher mit großem Eifer betrieben. Als man jedoch damit bereits bis zum achten Bogen gekommen war, trat in der äußeren Lage der Sache ganz unerwartet eine sehr entscheidende Veränderung ein.

Seit den in den preussischen Kammern am 6. und 21. Februar d. J. gefaßten Beschlüssen war es nämlich offenbar geworden, daß sich die Grundsätze der Abolitionisten jener unbedingten Herrschaft in Wahrheit nicht erfreuen, die denselben so gerne zugeschrieben wird; es stand vielmehr, für Deutschland wenigstens, fest, daß hier in Absicht auf den Zinsenvertrag eine tumultuarißche Beseitigung der seit Jahrhunderten wohlbedächtig aufgerichteten Schranken nicht zu besorgen

sei; und Alles deutete vielmehr darauf hin, daß die deutschen Gesetzgeber sich vorbehalten haben, mit einer so tiefeingreifenden Maßregel nicht ohne die sorgfältigste Erwägung der entgegenstehenden Bedenken vorzugehen.

Ein Versuch diese Bedenken an der Hand beglaubigter Thatfachen eingehend darzustellen, durfte demnach bei solchen Stimmungen auf eine weitaus ernstere Würdigung zählen, als man dafür noch vor Kurzem zu erwarten berechtigt war. Die Wirksamkeit eines solchen Unternehmens aber schien von nun an nicht mehr an die Frist von Wochen oder Monaten gebunden, und da mir gleichzeitig durch die Güte des Herrn Finanzministers Freiherrn von Brud eine Sammlung von Materialien mitgetheilt wurde, welche über den gegenwärtigen Stand der Bucherfrage die werthvollsten Aufklärungen gewährte, so glaubte ich der Versuchung nicht widerstehen zu sollen, an eine mit solcher Liebe unternommene Arbeit noch einmal die Hand zu legen, und jenem Theile derselben, der meinem Einflusse noch nicht entzogen war, die Ausführung zu geben, deren er unter den vorliegenden Umständen fähig schien.

Daß ich bei diesem Vorgange darauf verzichten mußte, die in soweit auseinanderliegenden Zeitabschnitten und unter ganz veränderten Verhältnissen entstandenen Aufsätze als ein harmonisch ausgearbeitetes Ganzes erscheinen zu lassen, versteht sich von selbst. Die Unvollkommenheit, welche denselben aus diesem Anlasse anhängt, wolle daher entschuldigt werden.

Wien, im September 1858.

Der Verfasser.

I.

Einleitendes.

Das Allerhöchste Patent vom 27. Mai 1852, womit das neue österreichische Strafgesetzbuch als wirksam für den gesammten Umfang des Reiches (mit Ausnahme der Militärgrenzgebiete) und für alle nicht zum Militärstande gehörigen Staatsangehörigen kundgemacht worden ist, erklärt in seinem VI. Absätze, daß die in verschiedenen Kronländern wider den Bucher bestehenden Strafgesetze einstweilen aufrecht zu verbleiben haben, und der Umstand, daß in einer auf die sittlichen Zustände und auf die materiellen Interessen der Bevölkerung so mächtig einwirkenden Angelegenheit vorläufig ein status quo aufrecht erhalten werden wollte, welcher keineswegs als befriedigend angesehen wird, schien von vorneherein darauf hinzudeuten, daß eine wohlervogene und gründliche Revision dieses wichtigen Zweiges der Gesetzgebung in Aussicht stehe. Insbesondere lag die Voraussetzung nahe, daß es wohl kaum in der Absicht sein dürfte, das Allerhöchste Patent vom 2. December 1803 in seiner gegenwärtigen Gestalt als allgemeine Norm für den ganzen Umfang des Reiches vorzuschreiben, nachdem sich über die Wirksamkeit dieses Gesetzes in den deutsch-böhmischen Provinzen von Seite Derjenigen, welche in ähnlichen